

Klima : Schwarzseherei verkauft sich besser*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 22. Januar 2022

Wolfgang Kaufmann (Red. PAZ)*

Wirrwarr um Referenzwerte :

Deutscher Wetterdienst mogelt bei den Zahlen zur Erderwärmung

=====

Am 23. Februar 2021 gaben Frank Kaspar, Florian Imbery und Karsten Friedrich von der Abteilung Klimaüberwachung beim **Deutschen Wetterdienst (DWD)** in Offenbach eine Pressemitteilung zur „Nutzung klimatologischer Referenzperioden ab 2021“ heraus. Darin hieß es: „Gemäß den Empfehlungen der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) ist es üblich, zur Erfassung des Klimas und seiner Änderungen Mittelwerte über einen Zeitraum von 30 Jahren zu bilden, um den Einfluss der natürlichen Variabilität aus der statistischen Betrachtung des Klimas auszuklammern. Hierfür kam in der Vergangenheit häufig der Zeitraum 1961 bis 1990 zum Einsatz.“

Dieses Verfahren sei nun aber hinfällig geworden, denn „der Mittelungszeitraum 1991–2020 ist deutlich besser geeignet“, um aktuelle Temperaturdaten einzuordnen. **Deshalb werde der DWD „mit Ende des Jahres 2020 ... die Vergleichsperiode für aktuelle klimatologische Bewertungen durch die Periode 1991 bis 2020 ersetzen“ – ganz wie von der WMO angeraten.**

Referenzperiode 1961 bis 1990

Allerdings nahm der DWD-Bericht „Deutschlandwetter im Jahr 2021“ vom 30. Dezember 2021 dann doch wieder auf die faktisch obsolet gewordene Referenzperiode Bezug. In dem Papier verwies die Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr dabei zunächst auf den Klimawandel, um anschließend zu schlussfolgern: „Unter dem Strich war das Jahr 2021 durchschnittlich nass, leicht zu sonnig und zu warm.“ Das ergebe sich aus den Auswertungen der Daten von rund 2000 DWD-Messstationen.

Danach schrieb der Deutsche Wetterdienst: „Die Durchschnittstemperatur lag im Jahr 2021 mit 9,1 Grad Celsius (°C) um 0,9 Grad über dem Wert der international gültigen Referenzperiode 1961 bis 1990. 2021 war damit das elfte zu warme Jahr in Folge.“

Das klingt dramatisch – wobei diese Dramatik aber ausschließlich daraus resultiert, dass der eigentlich nicht mehr relevante Mittelungszeitraum von 1961 bis 1990 anstatt der nunmehr üblichen 30-Jahres-Spanne von 1991 bis 2020 als Vergleichsbasis herangezogen wurde. Eine Begründung für diese Vorgehensweise gab der DWD nicht.

Oder: Referenzperiode 1991 bis 2020

Allerdings ließ sich das Narrativ von der „Erderwärmung“, dessen Verbreitung hierzulande schon seit Längerem ein Teil der Staatsräson geworden ist, so deutlich besser bedienen.

Mit Blick auf die von der WMO empfohlenen Referenzperiode wäre ein ganz anderes Ergebnis zustande gekommen. Dann *müsste* die Pressemitteilung lauten: *„Das Jahr 2021 mit seiner Durchschnittstemperatur von 9,1 Grad Celsius war deutlich kühler als 2020 – die Differenz betrug exakt 1,3 Grad. Und wenn man das Mittel der Zeit von 1991 bis 2020 zugrunde legt, dann beträgt die Abweichung minus 0,2 Grad. Insofern handelte es sich bei 2021 um ein zu kaltes Jahr. Oder anders ausgedrückt: Seit 1991 gab es 21 Jahre, die wärmer waren als 2021, aber nur neun Jahre mit einer noch niedrigeren Durchschnittstemperatur.“*

Dies so explizit auszusprechen, hätte aber wohl mehr Mut erfordert als Zahlen-Tricksereien

unter Verwendung ungeeigneter Basisdaten.

=====

Anm. der EIKE-Redaktion:

Diese vom DWD ausgeübte „Zahlentrickserei“ zugunsten einer weiteren Übersteigerung des Narratives einer dramatischen anthropogenen Erderwärmung ist nun allerdings auch anderen Medien aufgefallen, zum Beispiel :

DATEN PASSEND GEMACHT

Wie der Deutsche Wetterdienst aus einer Abkühlung 2021 eine Erwärmung macht



VON FRITZ VAHRENHOLT

Sa, 8. Januar 2022

Mit einem statistischen Kniff erweckt der Wetterdienst den Eindruck eines Temperaturanstiegs im vergangenen Jahr. Den gab es aber nur im Vergleich zu weit zurückliegenden Jahren, nicht zur jüngeren Vergangenheit.

In seiner **Pressemitteilung zum Deutschlandwetter 2021** schreibt der Deutsche Wetterdienst (DWD): „Die Durchschnittstemperatur lag im Jahr 2021 mit 9,1 Grad Celsius (°C) um 0,9 Grad über dem Wert der international gültigen Referenzperiode 1961 bis 1990. 2021 war damit das elfte zu warme Jahr in Folge.“

Warum benutzt der DWD die international nicht mehr gültige Referenzperiode 1961 bis 1990? Er schreibt selbst **an anderer Stelle**: „Zur Erfassung des Klimas und seiner Änderungen werden Mittelwerte über einen Zeitraum von 30 Jahren gebildet... Mit Ende des Jahres 2020 wurde die Vergleichsperiode für aktuelle klimatologische Bewertungen durch die Periode 1991 bis 2020 ersetzt.“

Der DWD folgte damit einer Empfehlung der Weltorganisation für Meteorologie (WMO). Aber in der Pressemitteilung nimmt man lieber noch die alte Periode. Die Referenzperiode von 1991 bis 2020 unterscheidet sich von 1961 bis 1990 um 1,1 Grad.

Der DWD hätte also schreiben müssen: ‚2021 war mit 9,1 Grad um 1,3 Grad deutlich kühler als 2020 und liegt sogar um -0,2 Grad Celsius unter dem Mittel von 1991 bis 2020. Seit 1991 gab es nur 9 Jahre, die kälter waren als 2021‘. Aber 0,9 Grad mehr und das elfte zu warme Jahr in Folge (verglichen mit der kälteren Periode von 1961 bis 1990) passt natürlich viel besser in den Zeitgeist.

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 21. Januar 2022, S.4; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie dem Autor **Wolfgang Kaufmann** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : <https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text*: EIKE-Redaktion.

=====

Energieversorgung: Ein Vorgeschmack auf den Blackout*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 22. Januar 2022

*Norman Hanert (Red. PAZ)**

Folgenschwerer Stromausfall in Berlin :

Drei Minuten Störung haben eine Kettenreaktion ausgelöst

=====

Der „Green Deal“ der EU-Kommission und die Pläne der Bundesregierung für Elektromobilität, Wärmepumpen und eine CO₂-arme Industrieproduktion werden den Stromverbrauch in Deutschland in den kommenden Jahren drastisch nach oben treiben. Damit werden noch mehr Bereiche des Alltagslebens von einer zuverlässigen Stromversorgung abhängig als ohnehin schon. In Berlin hat sich vor Kurzem gezeigt, welche Folgen es haben kann, wenn der Strom auch nur einige wenige Minuten wegbleibt.

Am 9. Januar waren gegen 14 Uhr wegen einer technischen Störung beim landeseigenen Stromnetzbetreiber Stromnetz Berlin zunächst rund 20.000 Haushalte in Prenzlauer Berg und Lichtenberg für drei Minuten ohne Strom gewesen. Vom kurzen Stromausfall betroffen war allerdings auch das Heizkraftwerk Klingenberg in Rummelsburg, das mehr als 300.000 Berliner Haushalte mit Wärme und auch Strom versorgt. Offenbar war das Kraftwerk nicht in der Lage, seinen eigenen Strombedarf zu sichern. Der Kraftwerksbetreiber Vattenfall entschied sich nämlich aus Sicherheitsgründen, sein Heizkraftwerk in den Notbetrieb zu versetzen.

90.000 Haushalte waren betroffen

Als der Strom wieder verfügbar war, fuhr Vattenfall das Heizkraftwerk

zwar langsam wieder hoch. Die kurze Unterbrechung reichte allerdings aus, um bei Außentemperaturen von nur drei Grad das Wasser in den Fernwärmeleitungen stark abkühlen zu lassen.

Als Resultat blieben schließlich rund 90.000 Haushalte im Berliner Osten von Sonntagnachmittag bis teilweise bis zum Montagmorgen ohne Heizung und Warmwasser. Nach Angaben des Bezirksamtes Lichtenberg waren vor allem Menschen in Berlin-Friedrichsfelde, aber auch in Karlshorst, Oberschöneweide und in Teilen von Treptow-Köpenick betroffen. Wie der Katastrophenschutzbeauftragte von Lichtenberg, Philipp Cachée, mitteilte, waren zudem vier Krankenhäuser längere Zeit von den Folgen des Stromausfalls betroffen. Ob dadurch Patienten zu Schaden gekommen sind, wurde bislang nicht bekannt.

Das Bezirksamt Lichtenberg und auch die Feuerwehr rieten den betroffenen Berlinern, Fenster und Türen geschlossen zu halten, um die verbliebene Raumwärme möglichst lange zu halten. Dringend gewarnt wurden die betroffenen Berliner davor, mit Hilfe offener Feuer oder Grills Wärme in ihre kalten Wohnungen zu bringen. Ebenso wenig sollten Backöfen zum Heizen genutzt werden. Das Bezirksamt empfahl, sich mit Kleidung und Decken warm zu halten und älteren Nachbarn zu helfen.

Die Bewohner von Hochhäusern mussten sich mitunter sogar bis zum Montagmorgen gedulden, bis Heizung und Warmwasserversorgung wieder funktionierten. Hier war das Problem, dass nach dem Anspringen der Fernwärmeversorgung die Hausverwaltungen erst noch für einen manuellen Neustart bei den Übertragungsstationen sorgen mussten, damit Warmwasser in den Hochhäusern nach oben gepumpt wird. Für diesen Neustart waren viele Hausmeister bereits in der Nacht unterwegs. Bei Hausverwaltungen mit großen Wohnungsbeständen dauerten die Neustarts der Anlagen mitunter bis in den Montagvormittag hinein.

Ursache blieb zunächst unklar

Der kurze Stromausfall als Auslöser des Kraftwerksausfalls gab dem Berliner Senat noch für Tage Rätsel auf. Laut dem landeseigenen Unternehmen Stromnetz Berlin war es am Sonntag in einem Umspannwerk in Berlin-Friedrichshain zu einer technischen Störung gekommen. Die genaue Ursache konnte Stromnetz Berlin allerdings zunächst nicht nennen.

Wie der parteilose Wirtschaftssenator Stephan Schwarz vier Tage nach dem Stromausfall im Berliner Abgeordnetenhaus erklärte, sei der Senat gemeinsam mit den Unternehmen Stromnetz Berlin und Vattenfall „mit Hochdruck“ dabei, die genaue Problematik zu untersuchen. Der Senator musste allerdings einräumen: „Details liegen noch nicht vor.“

Laut Stromnetz Berlin ist die Zahl von Störungen in den vergangenen Jahren insgesamt rückläufig. „Wenn wir uns mit anderen Großstädten vergleichen, sind wir bei der Störungshäufigkeit in einem sehr guten Bereich. Statistisch gesehen war jeder Haushalt 2020 für etwa zehn Minuten ohne Strom“, so Olaf Weidner, der Sprecher des Unternehmens.

Der Ausfall des Heizkraftwerks Klingenberg hat allerdings nun sehr deutlich gemacht, dass nicht nur länger andauernde Unterbrechungen der Stromversorgung, die sogenannten Blackouts, ein Risiko darstellen können. Selbst kurze Störungen der Versorgung können sich zu flächendeckenden Problemen entwickeln, von denen in Städten wie Berlin dann plötzlich Hunderttausende betroffen sind. Zugleich sind für die meisten Menschen in den Städten aber die Möglichkeiten begrenzt, für solche Situationen Vorbereitungen zu treffen.

=====

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 21. Januar 2022, S.5; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie dem Autor **Norman Hanert** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : <https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text*: EIKE-Redaktion.

=====

Die Erderwärmung macht Pause*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 22. Januar 2022

Alex Baur (Red. WELTWOCHE Zürich)*

Die Zahlen vom europäischen Erdbeobachtungsdienst Copernicus sind eindeutig, wie selbst der Tages-Anzeiger einräumen musste: Über die letzten sieben Jahre war die Temperatur auf der Erde stabil. Obwohl der Ausstoss von CO₂, Methan und anderen Treibhausgasen zweifellos gestiegen ist.

=====

Die Zahlen vom europäischen Erdbeobachtungsdienst Copernicus sind eindeutig, wie selbst der Tages-Anzeiger einräumen musste: Über die letzten sieben Jahre war die Temperatur auf der Erde stabil. Obwohl der Ausstoss von CO₂, Methan und anderen Treibhausgasen zweifellos gestiegen ist.

Doch Reto Knutti, Nummer eins unter den Schweizer Klima-Forschern, hat eine Erklärung: Nicht seine Computermodelle sind falsch. Das Niño-Phänomen an der Pazifikküste Südamerikas machte ihm bloss vorübergehend einen Strich durch die Rechnung.

Klimamodelle leiden an dem gleichen Manko wie Prophezeiungen der Epidemiologen in der Covid-Krise: Sie stimmen selten mit der Realität überein. Denn Hochrechnungen sind immer nur so gut oder so schlecht wie die Grundlagen, auf die sie bauen. Und die sind dürftig.

Wie die viralen Erkrankungen ist auch das Klima ein hochkomplexes System von Wechselwirkungen, das der Mensch bestenfalls in Ansätzen durchschaut. Die Lücken des Wissens sind viel zu gross, als dass belastbare Prognosen möglich wären.

Wir wissen, dass es immer wieder Virenplagen gab. Sie tauchten so unverhofft auf, wie sie verschwanden. Warum? Kein Mensch weiss es. Wir wissen, dass sich das Klima in der Vergangenheit dauernd änderte. Mal war es wärmer als heute, mal war es viel kälter (was für uns Menschen viel bedrohlicher war). Über die Ursachen gibt es viele denkbare Thesen. Gewiss ist nur eines: Am Menschen lag es früher sicher nicht.

Hätte Professor Knutti den Klima-Code wirklich geknackt, hätte er die Stagnation der letzten Jahre voraussehen können.

Post festum eine mehr oder minder plausible Erklärung nachzureichen, zählt nicht. Es ist lediglich das Eingeständnis, dass auch Professor Knutti glaubt, aber nicht wirklich weiss.

=====

)* *Anmerkung der EIKE-Redaktion* :

Dieser Artikel ist zuerst erschienen in der WELTWOCHEN Zürich : | Die Weltwoche, Nr. 2 (2022)| 13. Januar 2022, S.34 ; EIKE dankt der Redaktion der WELTWOCHEN und dem Autor **Alex Baur** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme des Beitrages, wie schon bei früheren Beiträgen : <http://www.weltwoche.ch/>; *Hervorhebungen und Markierungen v.d. EIKE-Redaktion.*

=====

Ökologie: „Grüne“ Energie kontra Umweltschutz*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 22. Januar 2022

Dagmar Jestrzinski (Red. PAZ)*

Bürger laufen verstärkt Sturm gegen immer mehr Eingriffe in die Landschaft durch Solarenergie – Die ökologischen Folgen von Photovoltaikanlagen nehmen paradoxerweise selbst Umweltverbände in Kauf

=====

Bis vor rund fünf Jahren war die Frage „Trog oder Teller“ in der Diskussion um die Erneuerbaren Energien noch hochaktuell. Nachdem die EU 2000 den Startschuss für den geförderten Anbau von Energiepflanzen im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) abgegeben hatte, vielen seinerzeit ganze Landstriche der „Vermaisung“ anheim.

Im Zuge des neuen Solar-Booms nach Jahren der Stagnation müssen sich Ortsgemeinden im ganzen Land zunehmend mit den Angeboten und Flächenbeanspruchungen von Photovoltaik(PV)-Unternehmen auseinandersetzen. Mitarbeiter der PV-Projektierer, sogenannte Experten-Teams, halten permanent Ausschau nach potentiell „geeigneten Freiflächen“ für die Errichtung von Solaranlagen. Sie führen Verhandlungsgespräche mit den verantwortlichen Kommunalpolitikern und Landeigentümern, darunter zahllose Bauern in wirtschaftlich prekärer Situation, denen hohe Pachtpreise in Aussicht gestellt werden.

Die stark gefallen Preise für **Solarmodule** haben dazu geführt, dass sich für Investoren insbesondere sehr große PV-Anlagen auch nach dem Ende der EEG-Förderung rechnen. Die neuen Projekte zielen daher oft auf Ackerflächen von 100 und mehr Hektar. **Vor dem Hintergrund der allgegenwärtigen Klimadebatte scheint jedoch die Konkurrenz zwischen der Nahrungs- und Futtermittelproduktion einerseits und der flächenraubenden Solarstromerzeugung paradoxerweise kein besonders wichtiges Thema zu sein.**

Eigentlich müsste jetzt in den Regionen die Sorge über Verluste der landwirtschaftlichen Nutzfläche im Vordergrund stehen, doch darüber lässt sich nur wenig in Erfahrung bringen. Die medial dominierende Klimadebatte mit dem erklärten politischen Ziel eines exponentiell steigenden Zubaus sowohl der Windkraft als auch der PV-Freiflächenanlagen überlagert alle damit zusammenhängenden Themen.

Sogar Naturschutzbelange werden unter dem Druck der allgegenwärtigen Klimadebatte für nachrangig erklärt, jetzt auch nach offizieller Richtlinie der neuen Bundesregierung.

Bürgeraufstand in Pronstorf

Auch über andere kritische Entwicklungen informieren die etablierten Medien die Öffentlichkeit kaum in Verbindung mit der rasant fortschreitenden Quasi-Bodenversiegelung durch PV-Parks: steigende Pachtpreise aufgrund der Solar-Konkurrenz, Entzug von Äckern und Grünflächen für die Nahrungs- und Futtermittelproduktion auf Jahrzehnte hinaus, verkleinerte Lebensräume, **weniger Niststätten, Rastplätze und ein reduziertes Nahrungsangebot für Vögel, Kleintiere und Insekten sowie soziale und menschengerechte Belange wie der Schutz von Lebensqualität und der Werterhalt von Immobilien.**

In der schleswig-holsteinischen Gemeinde Pronstorf im Kreis Segeberg (1620 Einwohner) sollte eine 90 Hektar große Photovoltaikanlage errichtet werden, was einer Fläche von mehr als 120 Fußballfeldern gleichkäme. Bis zu 20.000 Haushalte hätten laut dem Hamburger Projektentwickler Enerparc A.G. mit dem Solarstrom versorgt werden können. Vorhabenträger vor Ort ist der Großgrundbesitzer Hans-Caspar Graf zu Rantzau, der den Solarpark auf einem Teil seiner landwirtschaftlichen Flächen errichten wollte. Wie üblich lautete das Mantra der Befürworter, allen voran der Bürgermeisterin, dass die PV-Anlage Pronstorfs Beitrag zur Energiewende werden solle.

Gegner des Projekts argumentierten, dass Photovoltaikanlagen zumal von einem derartigen Umfang nicht auf landwirtschaftliche Felder gehören. Hinzu kam, dass die Gemeinde wie auch andere Gemeinden im Kreisgebiet bereits schlechte Erfahrungen nach der Errichtung des ehemaligen BayWa-Windparks Obernwohlde gemacht hatte. Die versprochenen anteiligen Gewerbesteuern waren aufgrund eines gängigen Steuersparmodells des Investors ausgeblieben.

Dennoch hatte der Pronstorfer Gemeinderat bereits vor einem Jahr grünes Licht für das Solar-Projekt gegeben. Daraufhin organisierten einige Bürger eine Unterschriftenaktion mit dem Ziel, den massiven Eingriff in ihre heimatliche Umwelt doch noch zu verhindern. Auf die bürgerliche Gegenwehr wurde der Bundesverband Solarwirtschaft aufmerksam. Im April unterbreitete daraufhin der Bundesverband Erneuerbare Energien e.V. dem damaligen Wirtschaftsminister Peter Altmaier den Vorschlag, betroffenen Gemeinden die „legale Möglichkeit“ einer Gewinnbeteiligung an der Stromerzeugung durch PV-Parks zu ermöglichen. Bereits im Juni bestätigte der Bundestag einen neuen Paragraphen im EEG 21, wonach die Betreiber von Windparks „zur Steigerung der Akzeptanz“ der Bürger künftig bis zu 0,2 Cent je erzeugter Kilowattstunde an die Kommunen abgeben dürfen.

NABU und BUND auf Tauchstation

Der Koalitionsvertrag sieht nun vor, dass dieses Verfahren auf

bestehende und zukünftige Anlagen (Wind und Sonne) angewendet werden kann. Offenbar **auf dieser Grundlage wurde der Gemeinde Pronstorf kurzfristig eine jährliche Gewinnbeteiligung bis zu 200.000 Euro angeboten.**

Die Bürger ließen sich jedoch mehrheitlich nicht „kaufen“. Anfang Dezember lehnten sie in der von ihnen durchgesetzten Abstimmung mit einer Stimme Mehrheit die geplante gigantische Industrialisierung ihres Gemeindegebietes ab. Das Projekt soll jedoch vorerst nur auf Eis gelegt sein.

In zwei Jahren will Graf Rantzau zusammen mit **Enerparc einen erneuten Versuch starten**, um das Großprojekt in der Gemeinde und anschließend über eine Solarausschreibung doch noch durchzubringen.

Paradoxerweise prangern trotz der bedenklichen Entwicklung nur noch einige regionale Bauernverbände die in den Hinterzimmern verabredete Zweckentfremdung und Kapitalisierung der Agrarlandschaft an. Warnen die Umweltverbände **NABU und BUND einerseits** ihrem Auftrag gemäß vor einem rasant fortschreitenden Flächenverlust durch Bodenversiegelung aufgrund von Infrastrukturprojekten sowie durch Bau- und Gewerbegebiete, so erklären sich die mit den obersten Etagen der Landes- und Bundespolitik eng vernetzten Spitzenfunktionäre beider Verbände **andererseits einverstanden mit einem „naturverträglichen Ausbau“ der Wind- und Solarenergie** gemäß den Kriterien der EU. Diese sehen vor, dass dafür nur Flächen mit hoher Vorbelastung und Flächen, die keinen hohen ökologischen Wert besitzen, in Frage kommen.

Unvereinbar mit dem Naturschutzanliegen beider Verbände ist dabei nicht nur die Hinnahme der geplanten weitreichenden Industrialisierung von Agrarland und sonstigen Freiflächen – zumal der Interpretationsspielraum für derartige Richtlinien erkennbar groß ist. Hinzu kommt, dass NABU und BUND von der Politik die noch immer ausstehenden Studien über das Ausmaß des Vogelschlags und des Insektensterbens an Windrädern und überhitzten Solarkollektoren nicht einfordern – nicht einmal vor dem Hintergrund des fortschreitenden Insektensterbens, bei dem „ganz unerwartet“ eine kritische, unsere Existenz bedrohende Marke überschritten werden könnte.

Bei näherem Hinschauen erkennt man jedoch in der Solarenergie als einer Hauptenergiequelle für „grünen Strom“ im politischen Klimaschutzmodell ein rein lukratives, **„grün gewaschenes“ Geschäftskonzept, das dem Ziel des „Klimaschutzes“ und des Umweltschutzes diametral entgegensteht.** „Greenwashing“ betreiben Solarverbände ganz unverblümt, indem sie sich versuchsweise das Thema Naturschutz zu eigen machen und die fragwürdige Behauptung in Umlauf bringen, dass Solarparks durch eine „saubere Energieproduktion“ einen Mehrwert nicht nur für den „Klima-“, sondern auch für den Naturschutz erbringen könnten, da unter den aufgestellten Solarpaneelen auf Pestizide und mineralische Dünger wie beim Getreideanbau verzichtet würde. Ausgelaugte Böden könnten sich erholen und zwischen den Solarpaneelen könnten „Bienenparadiese“ entstehen.

Die Warnung des „Gaia“-Propheten

Davon kann jedoch keine Rede sein, im Gegenteil: Es muss endlich geklärt werden, in welchem Umfang Solardächer- und -parks in den Sommermonaten zur tödlichen Falle für Insekten werden, da die Solarmodule um 30 bis 40 Grad heißer werden als die Umgebungstemperatur. Das landwirtschaftliche Portal agrarheute.com verlangt auch Aufklärung über das noch immer ungeklärte Vogelsterben in Solarparks. In den USA werden einige Anlagen im Auftrag der Projektbesitzer nach toten Vögeln abgesucht. Diese Unternehmen haben jedoch weder in den USA noch hierzulande Interesse daran, dass alarmierende Zahlen zustande kommen und bekannt werden. Andernfalls hätte die Bundesregierung hierzu längst eine Studie in Auftrag gegeben.

Zudem wird mit der **Abdeckung der Böden durch lange Reihen von Sonnenkollektoren die natürliche Atmung der Vegetation unterbunden**, da der Gasaustausch zwischen Boden und Atmosphäre nur sehr reduziert stattfinden kann. Durch die Verhinderung der sogenannten Verdunstungsabkühlung und der nächtlichen Abkühlung entstehen durch Solarparks Wärmeinseln mit einer um drei bis vier Grad Celsius höheren Temperatur als in freier Natur, was eine Studie von sechs Forschern um den Hauptautor Greg Barron-Gafford von der School of Geography & Development der University of Arizona in Tucson 2016 nachgewiesen hat.

Die Kehrseite nicht nur der Windkraft, sondern auch der „unschuldigen“ Solarenergie hat der profilierte US-Atmosphärenphysiker Lee Miller in seinem Aufsatz „The Warmth of Wind Power“ auf den Punkt gebracht:

„Alle erneuerbaren Technologien wirken sich auf das Klima aus, da sie bei der Stromerzeugung Wärme, Impuls und Feuchtigkeit zur Stromerzeugung umverteilen, und zwar vollkommen unabhängig vom Klimawandel.“

Ein in die Zukunft verschobenes Kardinalproblem sowohl der expandierenden Wind- als auch der Solarenergie stellt auch die ungeklärte fachgerechte Entsorgung immer größerer Berge von ausgedienten Windrädern und Sonnenpaneelen mitsamt den darin enthaltenen Giftstoffen dar – ein weiterer Posten in der Liste der externen Kosten der Erneuerbaren Energien.

Der 102-jährige **Biophysiker James Lovelock**, einer der Gründerväter der grünen Bewegung, „Gaia“-Autor und Ehrendoktor der Universität Edinburgh, erklärte im Januar 2020 in einem „Spiegel“-Interview:

„Wir haben in bestehende natürliche Systeme eingegriffen, und das zieht immer unbeabsichtigte Nebenwirkungen nach sich. Unser Wissenschaftssystem ist aber nicht darauf ausgelegt, die Gesamtzusammenhänge zu erfassen. Auf der Universität lernen die Studenten nur, wie man ein Examen macht.“

=====

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 7. Januar 2022, S.12; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie der Autorin **Dagmar Jestrzemski** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : <https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text*: EIKE-Redaktion.

=====

Antriebsbatterie: Teuflich gefährliche „grüne“ Technologie*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 22. Januar 2022

*Wolfgang Kaufmann (Red. PAZ)**

Elektro-Mobilität: Die Antriebsbatterie ist aus vielfältigen Gründen die größte Schwachstelle eines jeden E-Fahrzeugs. Aber sie ist bei Weitem nicht die einzige. Stromspeicher von E-Fahrzeugen brennen, explodieren, stehen unter Hochspannung und sind ein Gefahrgut.

=====

Die größte Schwachstelle eines jeden Elektro-Autos ist seine Antriebsbatterie. Deren Lebensdauer leidet beim schnellen oder vollständigen Aufladen über 80 Prozent. Außerdem kommt es manchmal zu spontanen Entzündungen der Akkus beim Stromtanken. Deshalb soll der Chevrolet Bolt beispielsweise weder in einer Garage noch über Nacht ans Netz angeschlossen werden. Andere Speicherelemente laufen unvermittelt aus und geraten daraufhin in Brand – so wie beim Mercedes EQC oder beim Hyundai Ioniq.

Nicht ganz einfach ist auch das Löschen des Fahrzeuges in solchen Situationen. Die Hochvolt-Batterie kann sich immer wieder von Neuem entzünden, explodieren oder einen elektrischen Schlag erzeugen. Deswegen ist es am Sichersten, das Fahrzeug im Brandfall komplett mittels Kran in einem großen Wasserbehälter zu versenken. Zumal die Feuerwehrleute oftmals auch nicht genau wissen, mit welchen Gefahren sie sonst noch vor

Ort rechnen müssen. Hilfreich wären hier die Rettungsdatenblätter, die es inzwischen für jedes E-Auto gibt. Aber die liegen meist unzugänglich im Handschuhfach, was zeitraubende Nachfragen bei der Leitstelle oder gar beim Hersteller nötig macht.

Das Recyceln der Akkus ist teuer

Auch ohne Brandgeschehen ist die Bergung der Fahrzeuge nach Unfällen kompliziert. Die mögliche Restspannung von 300 bis 400 Volt sorgt für hohe Risiken und erfordert den Einsatz von fachkundigem Personal. Die mehrere hundert Kilogramm schweren Lithium-Ionen-Batterien gelten als Gefahrgut.

Deshalb darf ihr Transport nur durch Speditionsunternehmen erfolgen, die über eine entsprechende Zulassung gemäß der strengen Vorgaben des Übereinkommens über die internationale **Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße** (ADR) verfügen. Und davon gibt es nur extrem wenige. Stefan Jacobs vom Vorstand des Verbands der Bergungs- und Abschleppunternehmen (VBA) teilte hierzu auf Anfrage des Portals Sonderabfallwissen mit: *„Mir fallen vielleicht ein, zwei Betriebe in ganz Deutschland ein.“*

Und auch die Wiederverwertung der im Normalbetrieb verschlissenen Akkus steckt derzeit noch in den Kinderschuhen, obwohl inzwischen einige hierauf spezialisierte Unternehmen den Betrieb aufgenommen haben. Denn die Rückgewinnung der in den Stromspeichern enthaltenen Materialien ist keineswegs so lukrativ, wie es scheint. So urteilte der Batterie-Experte Falk Petrikowski vom Umweltbundesamt (UBA): **„Die Einnahmen durch den Verkauf der recycelten Stoffe wiegen die Kosten für Sammlung, Demontage und Recycling nicht auf.“**

=====

Bananen-Strategie: Das Produkt reift beim Kunden

Mit der für 2025 geplanten neuen Euro-7-Abgasnorm droht das sukzessive Aus für Wagen mit Benzin- oder Dieselmotoren. Deshalb gehen nun immer mehr Fahrzeughersteller dazu über, ihre Produktpalette um E-Autos zu erweitern. Dabei setzen sie aber eher auf Schnelligkeit als auf Gründlichkeit und Qualität, zumal es außerdem noch gilt, den jahrelangen technischen Vorsprung des derzeitigen Weltmarktführers Tesla aufzuholen.

Das bekommen die Kunden in Form von unablässigen Rückrufaktionen oder gar nicht systematisch beziehungsweise auf Herstellerkosten beseitigten Mängeln an ihren Fahrzeugen zu spüren. Dabei unterlaufen selbst dem Branchenprimus Fehler. So brannte inzwischen auch ein erstes Exemplar des neu entwickelten und 130.000 US-Dollar teuren Model S Plaid aus, obwohl dies laut Tesla nicht mehr möglich sein sollte, da in dem Wagen neuartige Akkus verbaut wurden.

Kritiker unterstellen Tesla sowie den anderen Herstellern von E-Autos zu Recht eine „Bananen-Strategie“, die darin besteht, das Produkt beim Kunden reifen zu lassen. Es fehlt noch an Erfahrungen mit Elektrofahrzeugen, deshalb liefert man Konstruktionen aus, von denen von vornherein klar ist, dass sie nicht perfekt sind. Und dann wird auf die Beschwerden der Käufer reagiert und das Auto sukzessive „optimiert“.

Damit übernehmen die Kunden faktisch die Rolle eines Mitentwicklers und Testers. Dafür erhalten sie allerdings kein Geld, sondern müssen noch kräftig draufzahlen, wenn ihr Wagen teure Reparaturen benötigt oder seine Lebenszeit viel früher als erwartet endet. Der einzige Lohn, der den E-Auto-Nutzern von heute winkt, ist das Gefühl, als sogenannte Early Adopter (Frühzeitige Anwender) dem Fortschritt beziehungsweise Umweltschutz zu dienen und dadurch einen höheren sozialen Status und eine ganz neue Art von Fahrgefühl zu genießen, sofern das Auto denn fährt.

=====

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 7. Januar 2022, S.2; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie dem Autor **Wolfgang Kaufmann** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : <https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text*: EIKE-Redaktion.

=====